
Wird die Schweiz das nächste Island?

Das Musterland hat zu hoch gepokert, hat sein Vertrauen zu sorglos auf seine weltberühmten Banken gesetzt. Grossmannssucht und Missmanagement unserer Banker haben die Schweiz in gefährliche Nähe zum Staatsbankrott geführt. Was aber wäre, wenn dieser Fall tatsächlich einträte? ■ Artur P. Schmidt

Lange Zeit galt die Schweiz als Musterland unter den modernen Industrienationen. Hoher Lebensstandard, hohe Löhne, hohe Exportüberschüsse, hohe Goldreserven, hoher Freizeitwert und hohe Berge waren die prägenden Merkmale des Alpen-Disneylandes. Die hohen Berge und der hohe Freizeitwert sind geblieben, die anderen Merkmale jedoch erodierte in den letzten Jahren zusehends. Durch die Weltwirtschaftskrise offenbarte sich immer tiefere Abgründe, in die das Land durch das unkontrollierte Handeln seiner Bankmanager geführt wurde. Erst liess sie die Swissair Pleite gehen, dann führten sie sich selbst in die Pleite, und jetzt scheint es, als würden sie den Staat als Ganzes mit sich in die Tiefe reissen.

Die führende Schweizer Bank, die UBS, wollte mit den grössten Banken der Welt mithalten. Deshalb ging sie Risiken ein, die, vergleicht man sie mit der Bank of America, etwa fünfzig mal so hoch waren, als es für die Grösse des Landes angemessen gewesen wäre. Damit ist die Schiefelage der UBS seit Ausbruch der Finanzkrise nicht mehr allein ein Problem der Wirtschaft, sondern der Schweiz als Ganzes.

Ohne dass sich die Finanzmedien bisher darum gekümmert hätten, ist die Schweiz zum potenziellen Island der Alpen avanciert.

Dem Abgrund so nah wie nie zuvor war das schweizerische Bankensystem im Oktober 2008. Dass der Staat deshalb versuchen musste, die Lage zu stabilisieren, ist unbestritten. Darüber, welche Methoden angewandt wurden, sollte man jedoch streiten dürfen. Es wäre wesentlich sinnvoller gewe-

sen, eine Kredit-Luftbrücke für Unternehmen einzurichten, ähnlich wie es jetzt Deutschland mit einem Unternehmer-Fonds plant. Es ist auch besser, Privatpersonen, die bei der UBS Geld angelegt haben, zu entschädigen, als ein Fass ohne Boden sanieren zu wollen.

Jetzt sollen die Schweizer Bürger die Zeche für das Missmanagement der Banken bezahlen. Diese Unverfrorenheit ist wohl nur deshalb möglich, weil im Rausch der Globalisierung der Filz zwischen Wirtschaft und Politik immer grösser wurde. Je kleiner ein Land ist, desto fataler wirkt sich opportunistisches Handeln aus. Das gilt natürlich besonders für die Schweiz, wo das Räuspern eines Bankiers aus St. Gallen in Genf ein Erdbeben auslösen kann. Man glaubte, wenn alle das Gleiche täten, müsse dies wohl richtig sein. Ein fataler Trugschluss. Die Tatsache, dass man riesige Vermögen im Wert von etwa 3500 Milliarden Franken verwaltet, auf die man wegen der Bedeutung der Finanzindustrie nicht verzichten wollte, hat dazu geführt, dass die meisten Schweizer Bankiers bis zum heutigen Tag wie die Lämmer schweigen.

Die Schweiz, die sich wie die USA einem Nullzinsniveau nähert, ist als Exportnation viel stärker von der aktuellen Krise betroffen, als man es sich eingestehen will. Der alles zerstörende Orkan hat die Schweiz bereits erfasst, und man muss damit rechnen, dass die Wirtschaft im Alpenstaat 2009 noch stärker schrumpft als bisher angenommen – vielleicht sogar um mehr als fünf Prozent. Dies führt zwar noch nicht sofort in den Bankrott, es könnte jedoch – zusammen mit den nicht zurückzahlbaren Krediten osteuropäischer Schuldnerländer – zum Auslöser für ein finanzielles Armageddon werden.

Je kleiner ein Land ist, desto fataler wirkt sich opportunistisches Handeln aus. Das gilt natürlich besonders für die Schweiz, wo das Räuspern eines Bankiers aus St. Gallen in Genf ein Erdbeben auslösen kann.



Foto: Elgauch/Fotolia

Eine unaufhörlich tickende Zeitbombe hat der Geldverkehr in Schweizer Franken mit osteuropäischen Ländern kreiert. In Ungarn, Tschechien, Polen und Rumänien waren Kredite in Schweizer Franken sehr beliebt. So wurden dort nicht nur zahlreiche Hypotheken in Franken aufgenommen, auch Niedrigzins-Kredite für Autos wurden gewährt. Die mögliche Ausfallsumme beläuft sich auf rund 200 Milliarden Franken, mehr als ein Drittel Bruttonationalprodukt.

Sollte die Finanzkrise zu weiteren massiven Zahlungsausfällen, ja sogar Staatsbankrotten von osteuropäischen Staaten führen, dann würden diese Schulden allein ausreichen, um die Schweiz in den Bankrott zu treiben. So weit hätte es nicht zu kommen brauchen, wenn man die Banken besser kontrolliert hätte.

Die aktuelle «Finanzkrise» ist auch eine Krise des Kapitalismus. Schon deshalb ist die Schweiz von der Schrumpfung des Finanzsektors besonders hart betroffen. Der Finanzbereich hat in den letzten 150 Jahren in der Schweiz derart an Bedeutung gewonnen, dass er für den Wohlstand des Landes unverzichtbar, ja überlebenswichtig geworden ist. Das Vertrauen, das die Schweizer Bankiers genossen, führte dazu, dass die UBS bis zum Ausbruch der Krise nahezu einen Drittel aller weltweit angesparten Vermögenswerte verwaltete. Die ungeheuren Geldmengen, die mittlerweile von der UBS abgezogen wurden, kamen jedoch nicht zwangsläufig anderen Schweizer Banken zugute, vielmehr sind auch riesige Beträge aus der Schweiz abgeflossen.

Da konnte auch der Rettungsplan für die UBS kaum

Abhilfe schaffen. Der Aufkauf von Ramsch-Papieren macht diesen Plan für den Schweizer Steuerzahler zu einem unkalulierbaren Risiko. Das Schweizer Volk, das sonst wie nur wenige andere, am demokratischen Entscheidungsprozess beteiligt war, wurde hier in diktatorischer Weise zugunsten von kriminellen Banken übergangen.

Finanz-Abenteurer haben zu hoch gepokert, und wie üblich wird der Steuerzahler zur Kasse gebeten. Fast noch schlimmer ist allerdings die Tatsache, dass die Bevölkerung für dumm verkauft werden soll. Die Wahrheit wird, wenn überhaupt, nur scheinbar verabreicht. Am schwersten fällt in den Führungsetagen der Banken vielleicht das Eingeständnis, dass der Staat eine Schiefelage in dieser Größenordnung wahrscheinlich überhaupt nicht mehr allein wird schultern können. Wie lange wird man der Bevölkerung noch verschweigen können, dass man möglicherweise bald am Geldinfusionstropf der Europäischen Zentralbank hängen wird? Damit käme man in Abhängigkeit von einer Währung, die ebenfalls in mancher Hinsicht schon löchrig wie ein Schweizer Käse ist.

Die Schweiz als letzter Hort der Stabilität hat ausgedient.

Die Ausfallrisiken der Anlagen bei der UBS liegen im Moment bei bis zu dreissig bis fünfzig Prozent. Wird das Problem akut, so ist eine Währungskrise für den Schweizer Franken geradezu vorprogrammiert. Während der Euro noch immer als «too big to fail» eingestuft wird, ist der Schweizer Franken möglicherweise «too small to survive». Dies wäre nie passiert, hätte man sich nicht in den letzten Jahren ei-

Das Schweizer Volk, das sonst wie nur wenige andere, am demokratischen Entscheidungsprozess beteiligt war, wurde in diktatorischer Weise zugunsten von kriminellen Banken übergangen.

Wie lange wird man noch verschweigen können, dass man möglicherweise bald am Infusionstropf der Europäischen Zentralbank hängen wird und damit von einer Währung abhängig ist, die ebenfalls schon löchrig wie ein Schweizer Käse ist.

ner Scheinsicherheit hingegeben, die nur auf dem Papier existierte.

Wenn Banken die tatsächlichen Risiken aus den Bilanzen nehmen, um noch höhere Renditen erzielen zu können, so ist dieses Verhalten kriminell. Weder die Aufsichtsbehörden, noch Wirtschaftsprüfer und Rating-Agenturen haben rechtzeitig davor gewarnt, was den Banken für viel zu lange Zeit Narrenfreiheit gab. Je mehr Geld infolge der Krise von den Konten der Banken abgehoben wird, desto kritischer wird deren Situation. Die meisten Banken, die heute noch von einer ausreichenden Eigenkapitalbasis ausgehen, werden früher oder später feststellen müssen, dass ihr Eigenkapital komplett aufgebraucht ist. Das Schweizer Bankensystem – und damit auch das Land selbst – ist durch die UBS in die schwierigste Existenzkrise seiner Geschichte geraten. Droht sogar ein Staatsbankrott?

Wie ein Unternehmen kann auch ein Staat zahlungsunfähig werden. Er kann dann seine Verbindlichkeiten, wie z.B. öffentliche Schulden, gar nicht mehr oder nur noch teilweise bedienen. Dies spüren zunächst vor allem die Gläubiger, später aber auch der Staat selbst, die Unternehmen und die Steuerzahler. Zwar kann sich auch ein Staat über eine Insolvenz der Forderungen der Gläubiger entledigen, wird es jedoch sehr schwer haben, frisches Geld zu bekommen. Sollte die Schweiz in Zahlungsprobleme kommen, würde sie Kredite aus dem Ausland nur noch zu wesentlich schlechteren Bedingungen erhalten. Damit würde ein Kreislauf in Gang gesetzt, der zu Massenarbeitslosigkeit und zum Wegfall vieler staatlicher Leistungen führen könnte. Zwar wäre bei der Schweiz – anders als bei Argentinien 2002 – kaum vorstellbar, dass deren Gläubiger auf fast Dreiviertel ihrer Forderungen verzichten müssten, jedoch wäre das Image der Schweiz als Hort sicherer Geldanlage damit vollständig vernichtet – mit unabsehbaren Folgen für die Finanzindustrie.

Wie könnte man in Zukunft solche Probleme vermeiden? Wichtig ist, dass die Eigenkapitalrisiken in einem Verhältnis zur Grösse eines Landes stehen. Das Eigenkapital einer

internationalen Grossbank, sollte immer mindestens zehn Prozent betragen. Übersteigt die Bilanzsumme einer Bank das Bruttosozialprodukt eines Landes um einen bestimmten Prozentsatz, so müsste das Mindest-Eigenkapital um eben diesen Faktor höher sein. Hätte also die UBS über eine notwendige Eigenkapitalquote von 66 Prozent verfügt, so hätte ihr ungebremstes Wachstum die Schweiz als ganzes nicht einem solch hohen Systemrisiko ausgesetzt.

Als weiterer Schritt zur zukünftigen Problemvermeidung ist es unabdingbar, dass diejenigen, die über Monate nicht die ganze Wahrheit gesagt haben und immer noch im Amt sind, sofort zurücktreten. Es wäre ein Zeichen von Anstand, wenn Ackermann und Co. freiwillig darauf verzichten würden, jemals wieder bei einer Bank zu arbeiten.

Wenn es zum Showdown kommt, werden nur die USA, Europa, Japan oder China die Schweiz vor dem Staatsbankrott retten können. Aber auch nur, falls es sie nicht selbst schon vorher erwischt hat. Die Weltwirtschaft hat sich grundlegend verändert, und die Schweiz ist in eine zunehmende Abhängigkeit von den grossen Industrienationen und den Schwellenländern geraten. Besonders letztere sind jedoch ihrerseits so sehr von den USA abhängig, dass auch sie keine Stabilität bieten können. Wer kann uns garantieren, dass es nicht zu einer Revolution in China oder einem Staatsbankrott in Indien kommt? Krisen können länger andauern und viel schlimmer werden, als es sich die meisten Menschen vorstellen können.

Doch es gibt auch Hoffnung. In Phasen der grossen Krisen besteht die Chance, dass sich die Menschen wieder auf ihre Wurzeln, ihre Werte und ihre Stärken besinnen. Wenn es ihnen gelingt, daraus neue Kraft zu schöpfen, können sie gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Dr. Ing. Artur P. Schmidt ist Wirtschaftskybernetiker und entwickelt Lenkungs-Cockpits. Er ist Herausgeber von Finanzportalen wie www.bankingcockpit.com und www.wallstreetcockpit.com

Sein letztes von bisher 13 Büchern **«Unter Bankstern»** erscheint anfangs März (EWK-Verlag, 250 S., Euro 14,90)

